

## **Beschluss des Landrats vom 22.04.2021**

Nr. 874

### **10. Fragestunde der Landratssitzung vom 22. April 2021** 2021/163; Protokoll: pw

#### **1. Roger Boerlin: Folgen der Coronapandemie in der Sozialhilfe**

**Roger Boerlin** (SP) dankt für die fundierte Antwort. Die Frage ist bei der Planung der Sozialhilfe im Rahmen der Aufgaben- und Finanzplanung aufgekommen. – Keine Zusatzfragen.

#### **2. Urs Roth: Spitalliste beider Basel 2021**

**Urs Roth** (SP) nimmt Bezug auf die Beantwortung der Frage 2.1. Es wird festgehalten, dass nun mit den Tarifverhandlungen begonnen werden könne. Der Redner erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die Rahmenbedingungen der standortbezogenen Ausrichtung schon länger bekannt sind und die Spitalliste bereits auf den 1. Januar 2021 hätte revidiert werden sollen. Pandemie-bedingt wurde dies jedoch verschoben. Zusatzfrage: *Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass mit den Tarifverhandlungen bereits früher hätte begonnen werden können, damit eine Krankenversicherungsgesetz-konforme (KVG) Leistungsverrechnung ab 1. Juli 2021 hätte gewährleistet werden können?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) teilt die Auffassung und möchte sie auch als Aufforderung an die Tarifverhandler richten. Die Tarifverhandler sind nicht die Kantone, sondern die Versicherungsverbände respektive die Verhandlungsorganisationen der Krankenversicherer, welche dies mit den Leistungserbringern verhandeln müssen. Der Redner geht davon aus, dass zumindest die Vorbereitungen erarbeitet sind. Es ist im Interesse sowohl der Versicherer als auch des Kantons, dass hier sehr rasch Abschlüsse vorliegen.

#### **3. Ernst Schürch: Priorisiertes Impfen für Erwachsene, welche mit Kindern und Jugendlichen in Schulen und Betreuungseinrichtungen arbeiten**

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) verweist hinsichtlich der Fragen 3–6 auf die Grafiken mit Facts and Figures (Beilage zur Vorlage), die integraler Bestandteil der Beantwortung seien. Zu Folie 2: Ziel ist es, dass 70 % der Gesamtwohnbevölkerung von 0–105 Jahren durchgeimpft werden können, dies sind 81 % der Impfberechtigten. Es ist wichtig, die richtigen Zahlen miteinander zu vergleichen, da alle zwischen 0 und 16 Jahren aktuell nicht impfberechtigt sind. In den Blöcken unten auf der Grafik ist der Stand der Dinge abgebildet (links Gesamtbevölkerung, rechts impfberechtigte Bevölkerung).

Die Situation ist stark volatil. Bei der Pandemie und ihrer Bewältigung handelt es sich um ein komplexes, dynamisches System. Aussagen, die heute getroffen werden, sind möglicherweise bereits in einer Woche nicht mehr aktuell. Gründe dafür können Veränderung an der epidemiologischen Front sein oder Ereignisse in der Logistikkette, die unmittelbare Auswirkungen auf die Beschlüsse des Kantonalen Krisenstabs (KKS) haben.

**Ernst Schürch** (SP) dankt für die schlüssigen Antworten und die Beilage. Es sei festzuhalten, dass der Bund die Impfstrategie vorgegeben hat. Der Entscheid, dass die Schulen, wenn immer möglich, im Präsenzunterricht zu halten sind, war aber ein bewusster, kantonaler, politischer Entscheid. Folgerichtig muss auch die Impfstrategie des Kantons Basel-Landschaft ein kantonaler, politischer Entscheid sein. Zusatzfrage 1: *Erachtet es der Regierungsrat als systemrelevant, dass die Schulen und die Betreuungseinrichtungen geöffnet bleiben können?* Zusatzfrage 2: *Sollten die*

Schulen und die Betreuungseinrichtungen als systemrelevant eingestuft werden: *Warum möchte der Regierungsrat die impfwilligen Erwachsenen, die in den Institutionen mit Kindern ohne Maske arbeiten und dadurch einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, nicht durch ein priorisiertes Impfen schützen?*

Der Redner selber würde mit seinem Jahrgang 1964 später geimpft werden, weil er mit Schülerinnen und Schülern zusammenarbeitet, die eine Maske tragen können.

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) erklärt, das Ziel sei, die schweren Verläufe einer Covid-19-Infektion möglichst zu minimieren. Die spezielle Gefährdung von Personen über 50 Jahren ist nachgewiesen. Zur Systemrelevanz: Die Systemrelevanz ist bei den Lehrpersonen und Betreuungspersonen gegeben. Aber: Sehr viele Berufsgruppen sind in einem gewissen Sinn systemrelevant – Abgrenzungen werden sehr schnell ungerecht. Wie könnte eine solche Priorisierung einer Kassiererin oder einem Kassierer in einem Lebensmittelgeschäft, einer Gefängnisbetreuungsperson, einem Bus-Chauffeur, der Polizei im Aussendienst etc. vermittelt werden? Das ganze System befindet sich in Bewegung und ist nicht abschliessend. Dieses Wochenende wird das Gesundheitspersonal in einer konzentrierten Aktion durchgeimpft. Neue sinnvolle Aktionen in dieser Art sollen auch künftig immer wieder geprüft werden. Dass das Lehrpersonal bis zur Wiederaufnahme des Unterrichts nach den Sommerferien einen vollen Impfschutz hat, ist nicht nur wünschbar, sondern auch notwendig. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass wenn nach den Priorisierungen vorgegangen wird – natürlich immer unter dem Vorbehalt der verfügbaren Impfmengen – dieses Ziel erreicht werden kann. Der Redner hofft auch, dass sich alle bereits vorregistriert haben, die sich speziell gefährdet fühlen und impfwillig sind.

#### **4. Felix Keller: Corona-Impftermine im Baselbiet**

**Felix Keller** (CVP) spricht die Antwort zu Frage 1 an, in der festgehalten ist, dass die Fälle nicht nachvollziehbar seien. Ihm kommt aber immer wieder zu Ohren, dass es solche Fälle gibt. Entsprechend kann kaum davon ausgegangen werden, dass es sich lediglich um Einzelfälle handelt.

Zusatzfrage 1: *Gibt es unterschiedliche Kapazitäten in den Impfzentren Muttenz, Lausen und Laufen?* Er hört von den meisten Personen aus dem unteren Baselbiet, die einen Impftermin erhalten, dass sie in Lausen geimpft werden. Zusatzfrage 2: *Werden in den Impfzentren zurzeit unterschiedliche Alterskategorien geimpft?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) verweist auf die Antwort zur Frage 4.2 und erklärt, bei der Anmeldung könne eine Impfzentrum-Präferenz angegeben werden. Wenn eine Mehrheit nur das Impfzentrum Muttenz angibt, ist es möglich, dass man beispielsweise in Lausen, wo es mehr Luft gibt, bereits die Folgekategorie einen Impftermin erhält. Alle Impfzentren können aktuell zwischen 1'500 und 2'000 Impfungen täglich verabreichen. Zusätzlich gibt es die mobilen Impfequipen. Wenn genügend Impfstoff vorhanden ist, können so bei Vollbetrieb aller Impfzentren täglich zwischen 6'000 und 7'000 Dosen verimpft werden.

Der Kanton ist auch abhängig von den Informatik-Tools, die seitens Bund zur Verfügung gestellt werden (Onedoc, soignez-moi). Diese enthielten zu Beginn falsche Algorithmen, die nun korrigiert wurden. Es handelt sich um grosse Datenmengen, welche in die Systeme eingegeben werden. Wird beispielsweise aus dem Jahrgang 1938 ein Jahrgang 1983 ist es möglich, dass dies je nachdem durch die Kontrolle fällt.

**Sven Inäbnit** (FDP) sind aus seinem persönlichen Umfeld mehrere Fälle von Impfterminvergaben bekannt, die er sich nicht erklären kann. Er stellt folgende Zusatzfrage: *Was wird der Regierungsrat unternehmen, um dem langsam um sich greifenden Vertrauensverlust entgegenzuwirken und der Bevölkerung zu vermitteln, dass alles in geordneten Bahnen abläuft?* Für ihn als Politiker wird

es allmählich schwierig, diese Impfstrategie zu verteidigen. Vertrauensverlust ist das letzte, was aktuell gebraucht werden kann.

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) stellt fest, dass Stand gestern bereits ca. 93'000 Impfdosen verabreicht worden seien. Er erhält fast täglich Dankes-Mails mit Bitte um Weiterleitung ans Impfteam. Er hat aber noch keinen Brief erhalten, dass sich jemand betreffend Reihenfolge diskriminiert gefühlt hätte. Es gab früher eine Impfgruppe 1d, in welcher die Personen mit nicht näher spezifizierten Vorerkrankungen zusammengefasst wurden. Diese Personen brauchten für die Voranmeldung kein ärztliches Attest, entsprechend lag das Vorhandensein einer Vorerkrankung auch im Ermessensspielraum der betreffenden Personen. Mit der Zusammenfassung der Gruppen wurde dieser Ermessensspielraum nun eliminiert. Die Personen mit höchstem Risiko mit definierten und auch attestierten Erkrankungen sind immer in der obersten Priorität, gemeinsam mit den über 75-Jährigen – und nun auch mit den 65 bis 74-Jährigen.

Das Vertrauen ist vorhanden, dies zeigt sich auch an der relativ hohen Impfbereitschaft. Der Redner ruft die Bevölkerung dazu auf, sich für die Impfung zu registrieren. Mit der Registrierung erhalten alle die Sicherheit, eine Impfung zu erhalten, sobald genügend Impfstoff vorhanden ist. Gleichzeitig erleichtert die Vorregistrierung die Planung. Mit der Impfbereitschaft und der Impfung kann gemäss heutigem Wissenstand am meisten dafür getan werden, um möglichst rasch wieder Normalität zurückzugewinnen. Die Impfung ist auch ein Akt der Solidarität.

## 5. **Miriam Locher: Priorisiertes Impfen**

**Miriam Locher** (SP) stellt eine Zusatzfrage 1: *Anerkennt der Regierungsrat das erhöhte Ansteckungsrisiko von Lehrerinnen und Lehrern beziehungsweise Betreuungspersonen, die mit Kindern arbeiten, die keine Maske tragen können, und welche nicht die Möglichkeit haben, alle Schutzmassnahmen (z. B. Abstandhalten) einzuhalten?*

Es wird argumentiert, dass bei der Priorisierung nicht die Berufsgruppen ausschlaggebend sein sollten, sondern das erhöhte Risiko. An den Schulen herrscht grosses Unverständnis darüber, dass die Logopädinnen und Logopäden priorisiert geimpft werden. Die Rednerin ist persönlich froh um jede einzelne Impfung, die gemacht wird. Zusatzfrage 2: *Was ist die Haltung des Regierungsrats in Bezug auf die Ungleichbehandlung an den Schulen, die doch zumindest eine fehlende Sensibilität erkennen lässt?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) erwartet im Gegenzug auch einmal etwas Sensibilität gegenüber allen anderen. Es geht darum, schwere Verläufe und damit eine Überlastung der Spitäler zu verhindern. Sowohl Personen im Lehrberuf, im Polizeiberuf, im Betreuungsberuf etc. sind dem Virus stärker ausgesetzt, als Personen, die täglich im Homeoffice arbeiten. Der «Gap» zwischen dem Impfziel und allen vorangemeldeten Personen soll möglichst bald geschlossen werden, und dies unabhängig von der Berufsgruppe.

## 6. **Adil Koller: Weshalb wendet sich der Kanton Baselland von der bisherigen Impfstrategie nach Vorerkrankungen und Alter ab?**

**Adil Koller** (SP) hält die Beantwortung der Fragen trotz der unterschiedlichen Haltungen für wichtig. Dem Redner ist bewusst, dass die Impflistik eine anspruchsvolle Aufgabe ist. Dennoch sollen kritische Fragen hinsichtlich der Reihenfolge und Strategie gestellt werden können – dabei handelt es sich um eine Aufgabe des Landrats.

In der Antwort zur Frage 6.1 steht, man halte sich bezüglich Reihenfolge an die Empfehlungen des Bundesamts für Gesundheit (BAG). Dies entspricht jedoch nicht dem Schreiben des BAG vom 13. April 2021. Denn das Schreiben enthält nur eine einzige Empfehlung, nämlich, dass die altersabsteigende Impfung empfohlen wird, da schwere Covid-Erkrankungen direkt mit dem steigenden

Alter korrelieren. Der Kanton Basel-Landschaft unterläuft diese Empfehlung des BAG, indem er nämlich die grössten Gruppen 3–5 in zwei Kategorien unterteilt (über 50 Jahren und unter 50 Jahren). Innerhalb dieser Gruppen zählt für die genaue Impfreihefolge alleine der Anmeldetermin.

Zusatzfrage 1: *Weshalb ignoriert der Kanton Basel-Landschaft diese Empfehlung des BAG?*

Die ehemalige Gruppe 1d muss gemäss Regelung im Kanton Basel-Landschaft hinten anstehen, wenn sie sich nicht bereits vorregistriert hat. Diese Personen werden nun also behandelt, als wären sie gesund. Der Bund sagt dazu im erwähnten Merkblatt, optional kann die altersabsteigende Impfung gleichzeitig mit den Gruppen 3 bis 5 erfolgen. Dies entspricht dem Vorgehen des Kantons Basel-Landschaft – er wählt also das optionale Vorgehen. Die Kantone Aargau, Solothurn und Basel-Stadt handhaben dies anders, nämlich weiterhin nach Risiko und nicht nach Registrierungsdatum. Zusatzfrage 2: *Weshalb schert hier der Kanton Basel-Landschaft aus und behauptet, es würde eine Empfehlung des Bundes dafür vorliegen?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) hält fest, dass selbstverständlich immer Fragen gestellt werden könnten. Der kantonsärztliche Dienst hat gemeinsam mit den Zuständigen des KKS diese Empfehlung mit Blick aufs Impfziel analysiert. Es geht darum, dass Impfziel der gut 80 % der impfberechtigten Bevölkerung zu erreichen. Es ist nicht plausibel, wenn jemand, der 35 Jahre alt ist und sich bereits vorregistriert ist, warten muss, bis es jemandem, der älter ist, doch noch in den Sinn kommt, sich anzumelden. Es soll möglichst rasch durchgeimpft werden. Eine signifikant höhere Gefährdung, die eine Priorisierung nach Alter nötig macht, gibt es bei den Personen über 50 Jahren (Kategorien 50–64 Jahre, 65–74 Jahre, 75+). Personen mit definierten, spezifischen, attestierten Vorerkrankungen sind ebenfalls in der prioritären Gruppe. Dies im Unterschied zur weniger definierten Gruppe 1d.

Wie bereits gesagt, das ganze System ist in Bewegung. Sollte der Kanton mit Impfdosen überschwemmt werden, dann entspannt sich die Lage. Sollten sich in noch grösserem Mass Engpässe abzeichnen, dann wird die Systematik erneut geprüft werden müssen.

**Marc Schinzel** (FDP) stellt folgende Zusatzfrage: *Ist es korrekt, dass der Kanton Basel-Landschaft mit der momentanen Impfstrategie bezüglich die vollständig geimpften Personen im Verhältnis zur Wohnbevölkerung besser da steht als die Kantone Basel-Stadt, Solothurn und Aargau?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) verweist auf die Grafik 7 der Beilage zur Vorlage, die den Kantonsvergleich Stand 20. April 2021 enthält. Der Kanton Basel-Landschaft ist zuoberst.

## 7. **Jan Kirchmayr: Breites Testen Baselland**

**Jan Kirchmayr** (SP) stellt fest, das Breite Testen befinde sich auf einem guten Weg. In der Statistik dominieren vor allem die Schulen. Es ist aber auch wichtig, dass die Unternehmen mitmachen, um die Ansteckungsketten zu unterbrechen. Zusatzfrage 1: *Wie erklärt sich der Regierungsrat die im Vergleich zum Kanton Graubünden tiefe Beteiligung der Unternehmen; liegt es am Interesse der Unternehmen oder an zu wenig personellen Ressourcen, um die Anmeldungen der Unternehmen abwickeln zu können?* Zusatzfrage 2: *Wo ist die Kantonsverwaltung abgebildet?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) erklärt, der Kanton Graubünden habe das Breite Testen als erster Kanton eingeführt. Der Kanton Basel-Landschaft konnte auf die gleichen Fachleute zurückgreifen und so das Testsystem schnell einführen. Bei den Unternehmen funktioniert der Onboarding-Prozess noch nicht ganz so, wie er es eigentlich sollte. Der Redner bittet alle Unternehmen um Entschuldigung, die sich angemeldet haben und warten mussten oder mühsame administrative Vorgaben erhalten haben. Es handelt sich um ein lernendes System. Der Kanton ist darum bemüht, noch mehr Unternehmen, auch grössere, für das Breite Testen zu gewinnen. Der

Erfolg hängt auch damit zusammen, welche Anreize den Unternehmen für die Teilnahme gegeben werden können. Der Bund macht sich hierzu auch Überlegungen. Hier gibt es Optimierungspotential, das erkannt wurde.

Die kantonale Verwaltung ist unter «Betriebe» subsumiert. In der Verwaltung wird das Breite Testen nun ausgerollt. Es darf auch nicht vergessen werden, dass viele Mitarbeitende sowohl in der Verwaltung als auch anderswo immer noch grösstenteils im Homeoffice arbeiten. Dem kantonalen Krisenstab wurde zudem der Auftrag erteilt, zu prüfen, an welchen anderen Orten sich Personen regelmässig im Wochenrhythmus treffen, und wo deshalb Massentests durchgeführt werden könnten. Hier sei beispielsweise an Vereine oder Fitnesscenter gedacht.

Im Rahmen des Breiten Testens gibt es nur wenige positive PCR-Testergebnisse, was ein gutes Zeichen ist. Mit der Isolation der wenigen positiven Fälle kann verhindert werden, dass sich beispielsweise eine ganze Abteilung eines Unternehmens oder eine ganze Schulklasse anstecken. Der Redner ruft alle im Saal, aber auch die Zuhörerinnen und Zuhörer dazu auf, beim Breiten Testen mitzumachen.

## **8. Christine Frey: Massentesten im Kanton Baselland**

**Christine Frey** (FDP) sagt, nur eine ihrer Fragen sei beantwortet worden, bei den anderen Fragen wurde auf die Antworten zu den Fragen von Jan Kirchmayr verwiesen. Die Votantin ist aber mit den Antworten nicht ganz zufrieden, denn es machen – wie auch in der Statistik ersichtlich ist – nur relativ wenige Betriebe mit. Regierungsrat Thomas Weber hat vorhin gesagt, dass der Kanton bemüht sei, mehr Betriebe fürs Breite Testen zu akquirieren. Gleichzeitig hat die Rednerin aber von vielen Betrieben gehört, die sich angemeldet, aber noch keine Antwort haben.

Zusatzfrage 1: *Mit welchen Mitteln und mit welchen Vorgaben kann sichergestellt werden, dass bereits registrierte Firmen kommunikativ bedient werden?* Zusatzfrage 2: *In welchen Punkten ist das neue Registrierungsverfahren besser als das bisherige?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) wird die Antwort zu Frage 2 nachreichen, da er die Registrierungsverfahren nicht im Detail kennt. Er bittet alle Unternehmen, die keine Antwort erhalten haben oder sich in einer Schleife befinden, um Entschuldigung. Dies ist nicht die Absicht. Es wird das Beste getan, um die Abläufe so schnell wie möglich zu optimieren. [[siehe Nachtrag](#)]

## **9. Markus Graf: Bodenaufwertung**

**Markus Graf** (SVP) dankt für die ausführlichen Antworten. Stephan Ackermann hat am Vormittag erwähnt, die Deponien seien voll, weil sie vielfach mit Material gefüllt werden, das dort einfach nicht hingehört. Ober- und Unterboden gehört genau zu diesem Material. Die Antworten auf die Fragen zeigen aus Sicht des Redners auf, dass Bodenverbesserungsmassnahmen im Landwirtschaftsgebiet eigentlich bewilligt werden könnten. Zusatzfrage 1: *Weshalb werden bereits lose Anfragen von Unternehmen durch die Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) abgeschmettert mit der Begründung, die Erfolgsaussichten auf eine Bewilligung seien sehr klein?* Dies ohne, dass die nächsten Schritte, wie etwa eine Bodenuntersuchung, eingeleitet werden, um zu prüfen, ob sich die Böden für eine Verbesserung eignen würden.

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) sagt, für die Bodenverbesserung müssten gewisse Bedingungen erfüllt sein. So müssen die Böden zum Beispiel unbelastet sein. Die nötigen Kriterien für eine Bodenverbesserung sind oft nicht gegeben. Weiter gibt es auch die Situation, in denen der Boden zwar unbelastet ist und unter Umständen für eine Verwertung in Frage käme, aber aus preislichen Gründen für die Landwirtschaft nicht attraktiv ist. Das Problem ist bekannt und nicht so einfach zu lösen. Die Einzelfälle müssen jeweils im Detail angeschaut werden.

Nochmals: Die Bedingungen müssen für eine Verwertung erfüllt sein, damit diese zu überhaupt zu

einer Bodenverbesserung führen. Ansonsten können daraus, im schlimmsten Fall, potentiell spätere Altlasten entstehen. Davon hat der Kanton bereits mehr als genug, wie auch im Altlastenkataster ersichtlich ist.

**Markus Graf** (SVP) erwidert, damit eine Bodenverbesserung im Zusammenhang mit Aushubmaterial besser verbunden und so auch etliche Lastwagenkilometer gespart und gleichzeitig magere Böden gerade auch im Oberbaselbiet aufgewertet werden könnten, brauche es etwas Weitsicht. Solche Projekte müssen vorbereitet werden, damit der geeignete Boden dort hingeführt werden kann, wo er am meisten nützt. Zusatzfrage 2: Könnte sich der Regierungsrat vorstellen, Bodenverbesserungen an geeigneten Standorten gemeinsam mit der Landwirtschaft und den Unternehmern in Form eines Pools oder eines vorbereiteten Projekts vorausschauend zu planen und vorzubereiten, damit dann, wenn geeignetes Material anfällt, sofort gehandelt werden kann?

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) antwortet, dass die BUD bei sinnvollen Möglichkeiten, die umsetzbar seien, die Letzte sei, die nicht Hand bieten würde. Die Rahmenbedingungen sind nicht einfach, aber für eine sinnvolle Lösung, die «verhebt», ist die BUD grundsätzlich immer Gesprächsbereit.

**Marco Agostini** (Grüne) verweist auf das erwähnte Altlastenkataster, das sämtliche Belastungen enthalte. Der Prozess wäre also eigentlich sehr einfach, da lediglich im Kataster nachgeschaut werden müsste, ob der Boden von einem belasteten Standort stammt oder nicht. Zusatzfrage: Stellt man sich dies etwa zu einfach vor?

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) fände es schön, wenn es so einfach wäre. Der Mensch wirkt und dabei passieren auch immer wieder unerwünschte Dinge wie Verschmutzungen. Als Beispiel können die Gärten genannt werden. So können sich in den Böden Pflanzenschutzmittel, Metalle, Kohlenwasserstoffe etc. befinden. Die Thematik ist auch vom Trinkwasser bekannt. Fakt ist: Es ist heute im Siedlungsgebiet nicht ganz einfach, Bodenmaterial zu finden, das nicht durch irgendeine Quelle zumindest verunreinigt wäre. Mit anderen Worten: Unbelasteter Boden ist ein relativ rares Gut. Des Weiteren sind im Altlastenkataster nicht alle Böden erfasst, sondern nur diejenigen Standorte, an denen abgelagert wurde.

**Andi Trüssel** (SVP) stellt fest, es gebe zwei Arten von Verschmutzungen: geogene und solche durch Hobbygärtner. Die Landwirte subsumiert er aber nicht unter die Hobbygärtner, denn die Landwirte wissen, was sie machen können. Die Spritzmittel enthalten jedoch teilweise Kupfer oder anderes. Zusatzfrage: Ist es teilweise nicht so, dass es zu viele und zu strenge Grenzwerte gibt?

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) antwortet, die Grenzwerte würden in der Regel nicht durch den Kanton Basel-Landschaft definiert. Aber natürlich kann darüber diskutiert werden, wie hoch oder tief diese angesetzt werden sollen. Je genauer gemessen und erfasst wird, desto mehr wird gefunden – und so ist letztlich nichts mehr vollständig sauber. Sind die Grenzwerte aber zu lasch, kann dies zu Situationen führen, für welche niemand die Verantwortung tragen möchte. Den richtigen Weg festzulegen, ist anspruchsvoll.

#### **10. Roman Brunner: Unterstützung für Musik-, Tanz- und Theaterschulen, die im Bereich der kulturellen Bildung tätig sind**

**Roman Brunner** (SP) ist froh, dass die Institutionen, welche durch die Maschen des Netzes fallen, bei der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) Gehör finden und dort eine individuelle Lösung gesucht wird. – Keine Zusatzfragen.

://: Alle Fragen sind beantwortet.

---